Niederschrift

über die 6. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 28. Januar 2010
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 19:40 Uhr

Unterbrechungen: 15:05 Uhr bis 15:10 Uhr
18:25 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit: Soll: 43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist: 36 Mitglieder der Stadtvertretung
83,72 %

Entschuldigt fehlten: Ratsherr **Dachner** (SPD)
Ratsfrau **Fuchs** (DIE LINKE)
Ratsherr **Kohl** (CDU)
Ratsherr **May** (fraktionslos)
Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE)
Ratsfrau **Rambow** (fraktionslos)
Ratsherr **Rühs** (CDU)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister
Herr **Walter**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter
Herr **Modemann**, 2. Stellvertreter

I. Eröffnung und Begrüßung

Die stellv. Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Klopsch**, eröffnet die 6. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

Ratsherr **Schneider** (CDU) nimmt für Ratsherrn Rühs im Präsidium Platz.

Die stellv. Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Klopsch**, informiert über ein Schreiben des Gemeindevahlleiters, dass Herr Holger Gräber mit Schreiben vom 14.01.10 ihm gegenüber schriftlich die Annahme seines Mandats als Nachrücker für Frau Christiane Kersting (DIE LINKE) erklärt hat.

Die stellv. Stadtpräsidentin, Ratsfrau Klopsch, verpflichtet Ratsherrn Holger **Gräber** (DIE LINKE) durch Handschlag als Mitglied der Stadtvertretung Neubrandenburg gemäß § 28 Abs. 2 Satz 3 KV M-V.

II. Einwohnerfragestunde

Von Seiten der Einwohner liegen keine Fragen vor.

III. Feststellung der Beschlussfähigkeit

- Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
- Feststellung der Anwesenheit

Die stellv. Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Klopsch**, stellt die ordnungsmäßige Einladung fest (Postausgang 19.01.2010).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben (vgl. Anlage 1).

IV. Beschluss über die Niederschrift der 5. Sitzung der Stadtvertretung am 17.12.2009

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

Aus technischen Gründen wird die Sitzung von 15:05 Uhr bis 15:10 Uhr unterbrochen.

V. Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

DS V/142 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses
und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) bezieht sich auf den Punkt 2.6.2. - Ausschreibung Reinigungsleistungen - und möchte wissen, ob es ein Ergebnis über die Verhandlung zu dem Vergabenaachprüfverfahren gibt, das für den 14.01.10 angesetzt war.

Herr **Benischke**, Betriebsleiter Städtisches Immobilienmanagement, informiert, dass der Termin verschoben wurde.

Ratsherr **Stieber** (SPD) merkt an, dass er herausgelesen hat, dass es für das morgige Datum von Belang ist, da die Bindefrist der Lose bis zum 29.01.10 verlängert wurde. Verlängert sich damit auch automatisch die Verhandlung zu dem Vergabenaachprüfverfahren?

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, bestätigt das.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

VI. Anfragen

Ratsherr **Dr. Lübbert** (SPD) habe der Presse entnehmen können, dass der Landtag den kommunalen Hilfsfonds in Höhe von 137 Mio. EUR beschlossen hat. Inwieweit ist die Stadt Neubrandenburg gewillt, diesen Hilfsfonds in Anspruch zu nehmen?

Wenn es Sinn macht, sei die Stadt Neubrandenburg gewillt, das in Anspruch zu nehmen, antwortet Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister. Dazu müssten jedoch im Einzelnen die Modalitäten bekannt sein. Bis dato habe er keine Detailmodalitäten auf dem Tisch. Der Hilfsfonds sei auch im Städte- und

Gemeindetag diskutiert und äußerst kritisch gesehen worden. Der Landtag habe sich entschieden, dafür zu votieren. Es müssen nun die Modalitäten angesehen und dann entschieden werden, an welchen Stellen dieser Kredit in Anspruch genommen wird. Nach den bis dahin bekannten Modalitäten war nicht auszuschließen, dass möglicherweise später mit höheren Rückzahlungen zu rechnen sei. Das müsse nun jedoch im Detail geklärt und zu gegebener Zeit am Einzelobjekt erläutert werden. Grundsätzlich sei es ein Fonds, der dazu dienen soll, finanzielle Engpässe, von denen die Landesregierung meint, dass sie temporärer Natur sind, zu überbrücken. Demzufolge sei Neubrandenburg dann gut beraten, wenn es zu fairen Konditionen passiert, davon Gebrauch zu machen.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) bezieht sich auf die neue Verkehrsgestaltung Stargarder Straße. Der neue Zebrastreifen in der Stargarder Straße sei bereits ziemlich abgenutzt und gleichzeitig könne man beobachten, dass sich die Bürger nicht an den Zebrastreifen halten.

Ratsherr Dr. Oppermann schlägt vor, den Zebrastreifen an der Querung Deutsche Bank zum Kaufhof zu legen, damit dieser direkt begangen werden kann. Momentan sei es sehr gefährlich, sowohl für Autofahrer wie für Fußgänger, die außerhalb des Zebrastreifens über die Straße gehen.

Des Weiteren regt Ratsherr **Dr. Oppermann** ebenfalls einen Zebrastreifen an der Evangelischen Schule an.

Die Problematik des Zebrastreifens in der Stargarder Straße habe die Stadtverwaltung bei der Planung des gesamten Marktplatzes und des gesamten Areals erheblich beschäftigt, äußert Herr **Dr. Krüger**. Nach langen Diskussionen sei dann entschieden worden, den Zebrastreifen an der jetzigen Stelle anzuordnen. Herr Dr. Krüger werde das und ob ein Zebrastreifen an der Evangelischen Schule Sinn macht noch mal prüfen lassen.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachenummer **V/150**.

Ratsfrau **Malchow** (DIE LINKE) bittet um eine Information zum Stand der Verhandlungen der Gesellschafter zur Finanzierung der Theater und Orchester GmbH.

Im Rahmen der letzten Gesellschafterversammlung wurde verabredet eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die aus den vier Hauptgesellschaftern (Mecklenburg-Strelitz, Neubrandenburg, Neustrelitz und Müritzt/Waren) mit je zwei Vertretern besteht, informiert Herr **Dr. Krüger**. Dazu habe eine Sitzung stattgefunden, auf der es eine grundsätzliche Verständigung zum weiteren Vorgehen gab. Dabei gab es eine Einigung darauf, dass grundsätzlich eine Änderung der Gesellschafterstruktur erfolgen und vor allem, dass die Finanzierung anhand eines nachvollziehbaren und kalkulierbaren Modells vorgenommen werden soll. D. h. Finanzierung von Zuschüssen und Nachschüssen, zunächst jedoch von Zuschüssen, die einzelne Gesellschafter zur Finanzierung der Gesellschaft zu leisten haben. Dieses Modell soll durch eine beauftragte Institution noch mal einer Prüfung bzw. einer weiteren Präzisierung unterzogen und zeitnah der Arbeitsgruppe vorgelegt werden. Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe ist für Anfang Februar geplant. Dann werde auch versucht, möglichst einen neuen Gesellschaftsvertrag, zumindest in seiner wesentlichen Struktur, zu verabschieden. Dieser wird dann noch unter Einbeziehung des Finanzierungsmodells dem Kreis der gesamten Gesellschafter vorzulegen sein und dazu führen, dass bei erfolgreicher Verhandlung am Ende ein neuer Gesellschaftsvertrag mit einer neuen Gesellschafterstruktur und einem neuen Finanzierungsmodus vorliegt. In der Tat sei die Existenz der Gesellschaft auch von der Notwendigkeit der Einigung abhängig, d.h. eine Nichteinigung würde möglicherweise zur Insolvenz führen und eine Einigung zu einem neuen Finanzierungsmodus. Das Finanzierungsmodell orientiere sich an der Bespielung einzelner Standorte in der Region, an der Bespielungsintensität und an der Art der Bespielung. Veranstaltungen, die mit größerem Aufwand zu produzieren sind, sollten einen höheren Finanzierungsanteil nach sich ziehen. Das hänge mit den Finanzierungsstrukturen innerhalb der Produktionseinheiten zusammen. Ein solches Finanzierungsmodell sollte schon deshalb entwickelt werden, weil innerhalb des Kulturkooperationsraums Ost auf das gleiche Finanzierungsmodell zurückgegriffen werden sollte.

Die Bereitschaft dazu sei grundsätzlich auch signalisiert durch die Partner Stralsund und Greifswald, sodass auch vor dem Hintergrund sehr zeitnah ein solches Modell gefunden werden sollte.

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) bezieht sich auf ihre Bürgersprechstunde im Reitbahnweg:

1. Ein Anwohner des Kreisels Ponyweg-Passage habe beobachtet, dass die 30 km/h nicht eingehalten werden und es damit schon zu Karambolagen kam. Besonders die Ein- und Ausfahrten im Bereich „An der Hürde“ und zum „Ponyweg“ sind sehr eng.

Frage:

- Können in diesem Bereich „Querhuckel“ eingebaut werden, um die Geschwindigkeit zu drosseln?
- Oder könnte im Bereich zwischen „Am Zügel“ und Kreiseleinmündung (Westseite) Parkverbot ausgesprochen werden im Interesse der Erhöhung der Sicherheit? Zumal noch Fußgänger und Radfahrer diese Bereiche kreuzen.

2. Im Bereich der Nordstadt gibt es keine ausgewiesenen Parkplätze für LKWs/Brummis.

Frage:

- Kann die Stadt auf dem Parkplatz „Hufeisenstraße“ – „An der Rennbahn“ 2 – 3 Stellplätze für Brummis freigeben? Weiterhin – unterhalb des Datzeberges – nördlich des „Trockenen Weges“ – gegenüber der Einmündung der „Datzebergstraße“, Brummiparkplätze einrichten bzw. freigeben? An der ehemaligen Brauerei wurde schon ein Verbot erteilt.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachenummer **V/151**.

Ratsherrn **Blasewitz** (fraktionslos) geht es um die Parkplatzsituation am Kaufhof Süd. Seit der Eröffnung der neuen Turnhalle gibt es dort immense Parkplatzprobleme, besonders der Einwohner. Darum möchte er wissen:

- Sind neue Parkplätze geplant oder gibt es andere Möglichkeiten für die Nutzer der Turnhalle?

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachenummer **V/152**.

Ratsherrn **Bretschneider** (SPD) wurde in einer Anfrage zum Hotel Augustabad mitgeteilt, dass der Vorhabenträger bis zum 31.12.2009 Zeit hatte, den Nachweis der Finanzierung zu erbringen. Wie ist der aktuelle Stand?

Herr **Dr. Krüger** wird dazu im nichtöffentlichen Teil informieren.

Ratsherr **Pissarek** (SPD) möchte wissen, ob es seitens der Stadt Neubrandenburg Bestrebungen gibt, in Richtung City-Management Aktivitäten zu entfalten, um in dem Bereich aktiv zu werden. Es habe viele gute Aktionen seitens des City-Managements in der Vergangenheit gegeben.

Herr **Dr. Krüger** informiert: Der Begriff City-Management bzw. City-Manager sei 1997 im Zusammenhang mit dem Projekt der Landesregierung zu einem solchem City-Management eingeführt worden. Dieses Projekt sei so angelegt, dass damit ein Anschub erfolgen sollte mit dem Ziel, dass es sich verselbstständigt und damit eine selbstständige Einrichtung geschaffen wird. Die Projektförderung sei seitens des Landes vor etwa vier Jahren eingestellt worden, d. h., seitdem gibt es das Projekt an sich nicht mehr. Die Werbegemeinschaft Innenstadt, die das Ganze mit begleitet hat, hat ihrerseits die Maßnahmen zur Förderung des Einzelhandels in der Innenstadt, insbesondere zur Belebung der Innenstadt, mit unterstützt. Die Stadtverwaltung unterstützt durch vielfältige Maßnahmen die Entwicklung der Innenstadt, sodass durchaus verzeichnet werden kann, dass sich die Innenstadt in den letzten Jahren in Bezug auf Einzelhandel oder Dienstleistungen weiter belebt. Auch durch Events werde versucht, die Entwicklung zu unterstützen, insbesondere auch durch Unterstützungsleistungen

der städtischen Beteiligungen. Außerdem werde durch eine attraktivere Gestaltung der Bebauung versucht, mehr Leben in die Innenstadt zu bringen. Auch in diesem Jahr sind Maßnahmen vorgesehen, die auf Projektförderung im Bereich der Innenstadt hinauslaufen. Wenn einzelne Vereine oder Träger entsprechende Anträge stellen, werden sie im Rahmen der Möglichkeiten der Haushaltsführung unterstützt. Auch im letzten Jahr seien einzelne Maßnahmen unterstützt worden, soweit das im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung möglich war. Ob die Werbegemeinschaft Innenstadt weiter einen City-Manager beschäftigt, entziehe sich Herrn Dr. Krügers Kenntnis und sei auch nicht die Aufgabe der Stadt. Die Stadt habe das Projekt, seit es nicht mehr existiert, nicht mehr direkt unterstützt.

Der Berichterstattung war zu entnehmen, dass die historischen Stadtführungen nicht mehr stattfinden werden. Die historischen Stadtführungen haben immer stattgefunden, auch unabhängig von der Werbegemeinschaft Innenstadt. Sie seien auch durch die Stadt gefördert worden und bei Bedarf werden diese auch weiter gefördert. Im Übrigen wurden solche Stadtführungen auch häufig auf privatwirtschaftlicher Basis organisiert und auch entsprechend finanziert. Das werde es auch weiterhin geben, wahrscheinlich sogar mit einer höheren Frequenz als bisher.

VII. Informationen und Mitteilungen

Die stellv. Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Klopsch**, kündigt eine Information für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung an.

VIII. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderungen:

Die stellv. Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Klopsch**, informiert, dass ein Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und DIE LNKE zur Erweiterung der Tagesordnung vorliegt um die Vorlage

DS V/149 Neubrandenburg als Sitz des Polizeipräsidiums für den östlichen Landesteil

Außerdem bittet sie Änderungsblätter nachzutragen zum

TOP 7	DS V/116	3 Änderungsblätter	jetzt 5 Änderungsblätter
TOP 9	DS V/131	1 Änderungsblatt	jetzt 2 Änderungsblätter
TOP 13	DS V/64	1 Änderungsblatt	
TOP 14	DS V/65	1 Änderungsblatt	
TOP 21	DS V/129	1 Änderungsblatt	

Des Weiteren wird vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 13 und 14 (B-Plan Nr. 20 „Ihlenfelder Straße“) sowie 15 und 16 (B-Plan Nr. 90.2 „Parkstraße“) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Ratsherr **Bitto** (CDU) beantragt im Namen der CDU Fraktion, den TOP 6 (DS V/144) von der Tagesordnung zu nehmen.

Des Weiteren verweist er auf die Dringlichkeit der Vorlage der Fraktionen **DS V/149**: Der Presse war zu entnehmen, dass sich Anklam für den Sitz des Polizeipräsidiums stark macht. Aus zuverlässiger Quelle war zu erfahren, dass in Schwerin kurzfristig eine Äußerung dazu von Neubrandenburg erwartet wird.

Abstimmung über den **Antrag der CDU Fraktion**
auf Streichung des TOP 6: mit 1 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt.

Abstimmung über die **Erweiterung der Tagesordnung**: mit 35 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich bestätigt.

Die Vorlage DS V/149 wird als TOP 24 zu Beginn der Sitzung eingeordnet.

Abstimmung über die so **geänderte Tagesordnung**: mehrheitlich bestätigt.

IX. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

TOP 24 **V/149** Neubrandenburg als Sitz des Polizeipräsidiums für den östlichen Landesteil
Einreicher: CDU Fraktion, Fraktion DIE LINKE, SPD Fraktion

Ratsherr **Bitto** (CDU) verliest den Wortlaut der Vorlage.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **72/06/10**

TOP 1 **V/135** Satzung des Seniorenbeirates Neubrandenburg
1 Änderungs- Einreicher: Stadtpräsident
blatt

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **73/06/10**

TOP 2 **V/137** Änderung des Beschlusses Nr. 05/01/09
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Finanzausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **74/06/10**

TOP 3 **V/138** Änderung des Beschlusses Nr. 07/01/09
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadtvertretung Neubrandenburg
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **75/06/10**

schusserhöhungen im Bereich Sport von ca. 400.000 EUR seien keine zusätzlichen Mittel für den Sport an sich, sondern widerspiegeln die einkalkulierten Abschreibungen in der Miete für die Sportstätten, wodurch der Fehlbetrag im Städtischen Immobilienmanagement gesenkt wird. Fast grotesk wirken die Forderungen des Innenministers im Haushaltserlass, die Gebühren der Stadtbücherei zu überprüfen, Strandbenutzungsgebühren einzuführen und ggf. den Verzicht auf Zuschüsse zu Betriebsfeiern (wurden jemals Zuschüsse für Betriebsfeiern gegeben?).

Ratsherr Jaschinski deute die Forderungen so, dass die Qualität der Neubrandenburger aufgrund einer unfairen Mittelverwendung herabgesenkt werden soll. Leider sei aber auch festzustellen, dass die Stadt eine Entschuldung ohne Änderung des FAG zur gerechten Mittelverteilung nicht schafft. Auch fehle im Haushalt noch der Ausweis vom Eigenkapital, sodass sich die Substanz noch nicht abschätzen lässt. Das Vermögen sollte jedoch nicht dazu genommen werden, um die Zuschüsse auferlegter Aufgaben zu decken.

Beim Haushaltsansatz zur Theater und Orchester GmbH sei einigen Angst und Bange, dass die Gesellschaft gefährdet wird. Hätte es nicht vor dem Haushaltsentwurf eine Klärung geben können? Neubrandenburg sollte hier mit den anderen Gesellschaftern im Großkreis ein gemeinsamer Partner sein.

Da trotz der schwierigen Bedingungen in einigen Bereichen kein weiterer Abbau akzeptiert werden kann, verweise er auf den Änderungsantrag, der durch Ratsherrn Fuhrmann begründet wird. Die Investition in die Jugend zahle sich aus, sonst treffen die Stadt später viel höhere Kosten.

Der Haushalt beinhaltet nicht das, was in der Verwaltung für wünschenswert, richtig und angemessen gehalten wird, sondern eher das, wovon die Verwaltung glaubt, dass die Stadtvertretung mitgeht, meint Ratsherr **Bitto** (CDU). Das mag an manchen Stellen wenig sein und an manchen Stellen etwas komfortabler geplant. Am Ende ergebe es ein Defizit von ca. 30 Mio. EUR für 2010. Damit befindet sich die Stadt Neubrandenburg an negativer Spitzenposition der kreisfreien Städte im Land (Greifswald und Stralsund haben ihren Haushalt fast ausgeglichen, Schwerin hat 26 Mio. EUR Defizit und Rostock will 20 Mio. EUR tilgen, nachdem sie im letzten Jahr bereits 6 Mio. EUR als Schulden getilgt haben), auch auf die Einwohner gerechnet (Schwerin hat ca. 300 EUR je Einwohner neue Verschuldung und Neubrandenburg über 400 EUR).

Wenn Ratsherr Dr. Oppermann anmahnt, von einem ausgabenorientierten Haushalt zu einem einnahmenorientierten Haushalt zu kommen, sei zu sagen, dass die Stadt Neubrandenburg trotz Doppik kein wirtschaftliches Unternehmen ist. Die Stadt bekommt vorgeschrieben, welches Produkt sie anzubieten hat und welcher Preis dafür zu nehmen ist. Sozial- und Jugendhilfe sei im notwendigen Umfang vorzuhalten, wofür vom Land 30 Mio. EUR gegeben, aber mindestens 60 Mio. EUR benötigt werden. Was kann die Stadt tun? Eine Möglichkeit ist, Einnahmen zu erhöhen. Eigene Steuern, die die Stadt erhebt, seien die Gewerbe- und die Grundsteuer, die nennenswerte Beiträge für den Haushalt liefern.

Gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE (die SPD-Fraktion habe sich nicht angeschlossen) bringe die CDU Fraktion folgenden **Änderungsantrag** (2) ein:

Im Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen wird der § 5 Steuersätze wie folgt geändert:

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Flächen	
(Grundsteuer A) auf	<u>280 v. H.</u>
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	<u>480 v. H.</u>
2. Gewerbesteuer auf	<u>395 v. H.</u>

Die Anhebung der Grundsteuer bedeute für die meisten Bürger pro Haushalt eine Mehrbelastung von 12 EUR bis 20 EUR im Jahr, je nach Größe der Wohnung oder Grundstück. Für die Stadt bedeute es Mehreinnahmen von 1,2 Mio. EUR für die Grundsteuer und 0,6 Mio. EUR für die Gewerbesteuer.

Die Verwaltung werde aufgefordert, bis zur nächsten Stadtvertretung eine Art Nachtragshaushalt vorzulegen, in dem noch mal 3 % des dann noch offenen, nach den Steuererhöhungen noch offenen, Defizits verringert wird. Diese ca. 1 Mio. EUR seien ein Zeichen der ganzen Stadtvertretung an Schwerin.

Zu den Ausgaben:

Seit Jahren gibt es Bemühungen um die Senkung der Personalkosten. Erhebliche Personalstärken wurden abgebaut, aber durch Tarifsteigerungen wieder „aufgefressen“.

Bei den Zuschüssen an wirtschaftliche Unternehmen sollte jede einzelne Beteiligung untersucht werden. An das ZLT und den Flughafen werde jedes Jahr ein Verlustausgleich gezahlt. Es sei an der Zeit zu sehen, wie das verringert werden kann. Wenn der Verkauf an andere städtische Beteiligungen (wie z. B. Flughafen an die Stadtwerke) dazu führt, dass die Stadt den Verlustausgleich nicht mehr zahlen muss, dann wäre das der richtige Weg. Da aber an vielen dieser Einrichtungen Fördermittel hängen, sei es gut, dass sich der Finanzausschuss jede einzelne Beteiligung vornimmt und prüft, welche Auswirkungen das auf die Fördermittel haben wird und was es der Stadt wirklich an Ersparnis bringt. Daneben gebe es Zuschüsse an nichtwirtschaftlichen Unternehmen, wie die Theater und Orchester GmbH und das VZN. Sie alle erfüllen öffentliche Aufgaben im Interesse aller Bürger, sodass es auch dort schwer sein wird, Zuschüsse zu senken. Aber dort, wo es jedoch möglich ist, sollen die Lasten gerecht verteilt werden. Kürzungen bei Zuschüssen an Vereine und Verbände seien kaum noch möglich. Ebenso bei sonstigen Verwaltungskosten, die die Stadt belasten. Hier sei durch Gutachten und Benchmarkvergleiche bestätigt, dass an der Effizienz nicht mehr viel gemacht werden kann. Neubrandenburg befinde sich im guten Vergleich mit anderen kreisfreien Städten, sodass auch hier nicht mehr viel Einsparergebnisse zu erzielen sind.

Werden alle freiwilligen Leistungen gestrichen und alle Steuererhöhungen zusammengekommen, dann habe die Stadt noch immer keinen Haushaltsausgleich erreicht. Aber es hätte verheerende Auswirkungen für das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben in der Stadt. Darum müsse auch geprüft werden, was andernorts getan werden kann. Da wiederum sei es oberstes Ziel, die Einnahmen vom Land zu erhöhen. Die Mehrforderungen in Schwerin verhalten ergebnislos und es erwecke den Eindruck, dass das Land eifersüchtig über Gelder wacht und lieber selber Projekte (vgl. Hilfsfonds) anschiebt. Das bringe der Landesregierung gute Presse und sichere die Kontrolle über die nicht willfähigen Gemeinden, die die Mittel nicht mehr im Rahmen ihrer Selbstverwaltung ansetzen können, sondern immer nach Schwerin betteln müssen. Inzwischen existieren in Schwerin Fördertöpfe, die die Kommunen nicht mehr abrufen, da ihnen die Eigenmittel zur Ergänzung dafür fehlen. Hinzu komme die systematische Benachteiligung der großen Städte im Land (die Stadt Neubrandenburg stellt 31 % der Bevölkerung und erhält nur 28 % der Mittel der gesamten Gemeindefinanzierung). Auch nicht berücksichtigt ist dabei, dass die Stadt Neubrandenburg für wesentlich mehr als 31 % der Bevölkerung oberzentrale Funktionen wahrnimmt. Ohne diese Besonderheiten zu berücksichtigen, müsste Neubrandenburg nach den bisherigen Berechnungen allein deswegen 20 % mehr Zuweisungen vom Land erhalten. In den Diskussionen mit dem Land ist oft von Landesmitteln die Rede, die den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. In der FAZ vom 13.01. habe Ratsherr Bitto einen interessanten Kommentar zu den Gemeindefinanzen gefunden: Es sei nicht Geld des Landes oder des Bundes, das an die Gemeinden verteilt werde, sondern Geld des Steuerzahlers, das jeder staatlichen Ebene nach dem Maß der notwendigen Ausgaben zusteht. Hier schließe sich wieder der Kreis zum Konnexitätsprinzip. Wer Aufgaben für die Steuerzahler wahrnimmt, hat Anspruch auf die Mittel des Steuerzahlers dafür. Dabei würde es schon helfen, wenn die Mittel des Bundes nicht über das Land an die Kommunen gingen, sondern direkt vom Bund an die Kommunen.

Darin sehe die Fraktion der CDU eine wichtige Forderung, die es in Schwerin durchzusetzen gilt. Weiterhin begrüße die CDU die klare Ansage des Oberbürgermeisters, sich auf dem Klageweg um eine gerechtere Finanzierung zu bemühen. Aus eigener Kraft werde das Haushaltsloch nie gestopft werden können, geschweige denn die Altfehlbeträge abgetragen werden. Haushaltsausgleich und Abtragen von Altfehlbeträgen könne nur geschaffen werden, wenn mit erhöhten Zuweisungen des Landes geplant wird, wie sie sich von der angestrebten Klage versprochen werden.

Ratsherr Bitto wirbt um Zustimmung zum Änderungsantrag und darum, den Haushalt mitzutragen und dafür zu sorgen, dass die Stadt Neubrandenburg schnell einen genehmigten Haushalt bekommt.

Ratsherr **Dr. Lübbert** (SPD) hat eine Nachfrage zu den 3 % Einsparforderung an den Oberbürgermeister: Es werde heute voraussichtlich der Haushalt verabschiedet, der dann dem Innenministerium zugeleitet wird und gleichzeitig soll in der nächsten Stadtvertretung ein Nachtragshaushalt beschlossen werden, indem der Oberbürgermeister aufgefordert wird, 3 % Einsparpotential vorzulegen. Obwohl der Haushalt noch nicht bestätigt von Schwerin zurück ist.

Frage: Wie soll das funktionieren? Eigentlich werde ein Nachtragshaushalt gemacht, wenn der Haushalt von Schwerin zurück ist.

Es solle eine Art Nachtragshaushalt durch den Oberbürgermeister vorgelegt werden, stellt Ratsherr **Bitto** klar. Eine Art vorgezogene Haushaltssperre, um zu sehen, wo im Haushalt noch Einsparungen möglich sind.

Ratsherr **Fuhrmann** (DIE LINKE) bringt für den Jugendhilfeausschuss folgenden **Änderungsantrag** (1) ein und begründet diesen:

Die Stadtvertretung beschließt, dass der Anteil der Kinder- und Jugendförderung im Produkt 3.6.2.01 um 178.100,00 Euro und im Produkt 3.6.3.01 um 40.500,00 Euro erhöht wird.

Der Jugendhilfeausschuss habe sich in seinen letzten beiden Sitzungen lange zu den Haushaltszahlen für die Jugendhilfe beraten. In der Sitzung am 15.12.09 wurden vorläufige Arbeitszahlen für die Träger der freien Jugendhilfe diskutiert und beschlossen. Der Jugendhilfeausschuss stand vor der Aufgabe, entweder viel zu geringe vorläufige Arbeitszahlen zu beschließen oder Teile der Jugendarbeit ab Januar wegen fehlender Mittel einzustellen, weil die Träger ihre Leistungen nicht ohne finanzielle Unterstützung durch die Förderung der Stadt aufrecht erhalten können. Es standen drei Varianten zur Verfügung (Variante I enthielt Kürzungen in allen Bereichen und den Verzicht auf Landesmittel, Variante II hielt die volle Summe der Komplementärmittel des Landes bereit, dafür wurden aber erhebliche Kürzungen im Bereich der offenen Arbeit vorgenommen, Variante III enthielt den Ausschluss eines Trägers aus der Jugendarbeit und den Verzicht auf Landesmittel). Der Jugendhilfeausschuss habe sich notgedrungen mehrheitlich für die Variante II entschieden, obwohl insbesondere die offene Kinder- und Jugendarbeit damit von starken Kürzungen betroffen ist, weil diese Variante der Stadt wenigstens die volle Zuweisung der Landesmittel sicherte. Gerade in diesem Bereich gibt es wertvolle Präventionsarbeit, die benötigt wird. Massive Einschränkungen in diesem Bereich bringen keine Entlastung des Haushaltes, sondern eher einen weiteren Anstieg in Ausgaben, die in gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen ohne jeden Gestaltungsspielraum enden. Die ursprünglich im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben entsprachen den Anforderungen, die im SGB VIII §§ 11 bis 14 genannt werden. Sie waren auch untersetzt durch die von der Stadtvertretung beschlossene Jugendhilfeplanung. Auch das Haushaltssicherungskonzept schreibe auf Seite 131, dass aktuelle interkommunale Vergleiche zeigen, dass u. a. in den Produktbereichen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe keine Indizien für wei-

tere Einsparmöglichkeiten existieren.

Mit dem 1. Änderungsblatt vom 08.01.10 gibt es reduzierte Fördersummen für die Leistungen der Jugendhilfe. Die Ausgaben im Jugendhilfebereich steigen, aber sie steigen, weil die Fallzahlen bei der Hilfe zur Erziehung steigen. Und sie steigen auch, weil die Stadt Neubrandenburg als Vorreiter für die Bundesrepublik eine hervorragende Kindertagesbetreuung organisiert hat. Der Bund schreie danach, dass alle Kinder möglichst frühzeitig in die Einrichtungen sollen, damit den Kindern Bildung zuteil wird. Aber der Bund sei nicht bereit, dafür zu zahlen. Die Kosten für die Kindertagesbetreuung trägt die Stadt Neubrandenburg derzeit allein. Und Ratsherr Fuhrmann unterstütze seine Vorredner, dass Bund und Land sich entsprechend beteiligen müssen, wenn Forderungen gestellt und Aufgaben aufgezwungen werden.

Im SGB VIII § 79 werde von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe gefordert, dass zur Erfüllung der genannten Aufgaben rechtzeitig und ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dafür gibt es die Jugendhilfeplanung, die von Fachleuten in jahrzehntelanger Begleitung erarbeitet worden sei. Damit sei klar, welche Ausgaben kommen und wo die Bedarfe sind. Es sei daran zu erinnern, dass es in Neubrandenburg bei den unter 15-Jährigen 71 % im Reitbahnviertel, 59 % auf dem Datzeberg, 50 % in der Oststadt, 44 % in der Südstadt und 43 % im Industrieviertel sind, die von Leistungen des SGB II abhängig sind bzw. diese Leistungen erhalten.

Wenn im präventiven Bereich Jugendarbeit gekürzt wird, dann werde für die Zukunft der Stadt gekürzt. Jugendeinrichtungen werden ihre Öffnungszeiten kürzen müssen und die Angebote reduzieren. Personalstunden werden reduziert und damit auch die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, Mitarbeiter werden sicherlich auch entlassen werden. Im Sozialraum Nord und Ost gehen die Angebotsstunden von 240 auf 135 Wochenstunden zurück, im Sozialraum Mitte um ca. 50 Angebotsstunden. Dazu kommen dann auch die Kürzungen in den Angeboten. Die Schließung des Kinder- und Jugendzentrums Konnex sei eine drohende Gefahr.

Der Jugendhilfeausschuss habe noch mal mit den Trägern gesprochen und dementsprechend den Änderungsantrag eingereicht. Wenn die Weiterführung der Leistungen entsprechend der beschlossenen Vorgaben in der Jugendhilfeplanung erfolgen soll und die Stadt sich weiterhin „Familienfreundliche Kommune“ nennen will, dann sei nicht weniger möglich. Die geplanten Einsparungen im Bereich Jugendhilfe bauen die Schulden der Stadt nicht ab, aber wenn die geplante Kürzung im Jugendbereich so bestätigt wird, dann mache das die Stadt Neubrandenburg unvergleichlich ärmer.

Ratsherr Fuhrmann bittet um Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses.

Ratsherr **Stieber** (SPD) betont, dass entsprechend § 47 der KV M-V die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen von der Stadtvertretung in öffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen ist. Diese Diskussion zum Haushalt sollte dann auch für die Stadtvertreter alljährlich der Höhepunkt ihrer demokratischen Teilhabe sein, denn die zu beschließende Haushaltssatzung enthält über den finanziellen Rahmen hinaus, der für das folgende Jahr gewährt werden soll, richtungsweisende Grundpfeiler für die Politik, auch in den Jahren danach. Diesen Ansatz zu überblicken, falle den ehrenamtlichen Stadtvertretern zunehmend schwerer. Ratsherr Stieber gehe davon aus, dass die Haushaltssatzung der Stadt Neubrandenburg, eine Mammutaufgabe, ordentlich vorbereitet wurde und bedankt sich für die geleistete Arbeit bei der Verwaltung. Letztlich sei aber auch die nach vorgegebenen Kriterien erarbeitete Vorlage schwer begreiflich und auch schwer einzuordnen. Als Beispiel: Wo finde er eine Eröffnungsbilanz, die es ihm ermöglicht, vergleichend zu beurteilen? Das reine Zahlenwerk erscheine wie ein Selbstzweck, sei es aber nicht. Statistik diene Leitungsentscheidungen und muss Grundlage für weitere Pläne und Visionen sein. Ohne Möglichkeiten des Vergleichs stehe der Stadtvertreter von vornherein hilflos da. So stellen sich die Stadtvertreter nicht erst seit diesem Jahr die Frage, auf welcher Grundlage sie eine Entscheidung treffen sollen, wenn durch die Form Inhalte

und Zielsetzungen verschleiert bis unkenntlich gemacht werden. Ist das der Sinn von Demokratie? Es werde Zeit, dass in dieser Stadt bereits für das nächste Jahr ein transparenter, verständlicher Bürgerhaushalt entwickelt wird. Dann könnten alle interessierten Bürger der Stadt in die Meinungsbildung mit einbezogen werden. Darüber hinaus sollte der Bürgerhaushalt auch der Verwaltung und somit auch dem Oberbürgermeister entgegen kommen: Ein Bürgerhaushalt könne von dem Verdacht und der Versuchung erlösen, mit einsamen Entscheidungen die Stadtvertretung zu entmachten oder den Bürgerwillen zu untergraben, denn wozu soll die Stadtvertretung entscheiden, wenn ihre wichtigen Entscheidungen häufig durch den Oberbürgermeister mit einem Veto belegt werden. Das vorgelegte Zahlenmaterial lasse erkennen, dass die Sparzwänge der Stadt enorm sind. Entsprechend § 34 der KV M-V ist der Haushaltsplan nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit aufzustellen und auszuführen. Wenn die Pläne allerdings richtig gelesen werden, erfährt man von einer Verschuldung auf hohem Niveau. Ein Beispiel dafür bildet auch der Eigenbetrieb, der zu Lasten der Gesamtverschuldung geht. Neubrandenburg habe ein Einnahme- und ein Ausgabeproblem. Dass ein dramatisches Abschmelzen des Finanzausgleichs kommen wird, sei aber schon vor zehn Jahren klar gewesen.

Ein Haushalt sollte nach drei Kriterien aufgestellt werden: Verantwortung, Langfristigkeit und Nachhaltigkeit. Langfristig und Nachhaltig sei nur die Verschuldung und es sei kritisch, jedes Jahr einen riesigen Fehlbetrag zu beschließen. Das mache eine Konsolidierung unmöglich. Auch die Auswirkungen einer Einkreisung, die von der Verwaltung nach wie vor abgelehnt wird, seien nur fiktiver Natur. Bei vergleichenden Rankings liege die Stadt Neubrandenburg auf Rang 389 von 429 Gebietskörperschaften. Mecklenburg-Strelitz, Demmin und der Müritzkreis rangieren noch hinter Neubrandenburg. Auf diese Entwicklungen, Finanzausgleich und Kreisgebietsreform, hätte man sich langfristiger einstellen müssen. Hier liege ein Versäumnis, das spätestens im nächsten Haushaltsansatz berücksichtigt werden muss. Letztlich sei es die Vorlage des Oberbürgermeisters, die von der Stadtvertretung beeinflusst werden kann, um sie dann zu beschließen. Darum appelliere Ratsherr Stieber an sein Verantwortungsgefühl, seinen Sinn für die Nachhaltigkeit im Sinne der heranwachsenden Generationen und seine Kompetenz in Sachen Langfristigkeit, auch und gerade was Schulden betrifft. Es werde die Unterstützung des Oberbürgermeisters bei den Bemühungen um einen Bürgerhaushalt zum kommenden Jahr erwartet.

Mit den vorgesehenen Änderungen werde sich die Fraktion der SPD dem Haushalt 2010 nicht entgegen stellen. Diese Änderungen seien jedoch lange nicht ausreichend. Nichtsdestotrotz müsse im Rahmen von Kompromissfindungen jede Bewegung auf der anderen Seite honoriert werden.

Ratsherr **Dr. Lübbert** (SPD) rate von der beabsichtigte Klage der Stadt Neubrandenburg gegen das Finanzausgleichsgesetz ab, da sie nicht viel Aussicht auf Erfolg haben würde. Andere kreisfreie Städte gleichen ihren Haushalt aus, tilgen ihn bereits oder häufen deutlich weniger strukturelles Defizit an, als die Stadt Neubrandenburg. Dem Verwaltungsgericht dann nachzuweisen, dass die Stadt Neubrandenburg nicht auskömmlich finanziert ist und darum mehr Geld bekommen muss, dem werde unter Anwendung eines Gleichheitsgrundsatzes kein Verwaltungsrichter folgen. Es sollte vorher die Meinung des Rechtsamtes der Stadt eingeholt werden, ob eine Klage wirklich Sinn macht. Durch Ratsherrn Bitto sei indirekt Kritik geäußert worden, warum die SPD den Änderungsantrag nicht unterschrieben hat. Der Fraktionsvorsitzende habe ausgeführt, dass sich die SPD Fraktion nicht verweigern werde. Aber als letztmalig Hebesätze angehoben wurden, habe gerade die CDU Fraktion eine Diskussion ausgelöst, die Erhöhung zurück zu nehmen, wenn die CDU Fraktion mal den Oberbürgermeister stellt. Im Übrigen sei Ratsherr Dr. Lübbert froh darüber, dass auch bei der Gewerbesteuer ein merkbarer Beitrag geleistet wird. Die Stadt Neubrandenburg habe es enorm getroffen in den Gewerbesteuererinnahmen, als 2008 eine Unternehmenssteuerreform beschlossen

wurde. Das habe aber auch die Unternehmen weiter entlastet, darum sei es nicht problematisch, nun um 20 Punkte zu erhöhen.

Der Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses sei nicht in Rede zu stellen, jedoch bestehe die Frage, ob er überhaupt wirksam wird. Ratsherr Fuhrmann habe ausgeführt, dass die hier beschlossene Jugendhilfeplanung auch einen bestimmten Betrag fixiert, der auszugeben ist. Wenn die Stadt jedoch in der vorläufigen Haushaltsführung ist, dann heißt das, nur das, was unabwendbar und vertraglich geregelt ist, zu bezahlen. Die Frage dabei sei nur, inwieweit die Jugendhilfeplanung herangezogen werden kann, dass es eine vertragliche, unabwendbare Form ist, die der Oberbürgermeister dann im Rahmen dieser 218.000 EUR zu bedienen hat. Ansonsten erinnere Ratsherr Dr. Lübbert daran, dass vor ein paar Jahren mit einem hohen Aufwand eine Aufstockung der Mittel für das Literaturzentrum beschlossen wurde mit dem Ergebnis, dass das im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung letztlich nicht umgesetzt wurde, da kein Vertrag bestand und im Rahmen des Nachtragshaushaltes wieder kassiert wurde.

Vorläufige Haushaltsführung sei im Moment die Krux, die die Stadtvertretung lähmt. Es müssen in Richtung Innenministerium Signale gesendet werden, dass nicht akzeptiert wird, dass die Stadt Neubrandenburg möglichst früh einen Haushalt beschließt und dieser erst im November vom Innenministerium begutachtet, interpretiert und die Forderung gestellt wird, 5 Mio. EUR einzusparen. Im Zweifel dürfte der Oberbürgermeister nicht mal in der Lage sein, für die Theater und Orchester GmbH die Abschlagszahlung für den Januar zu bezahlen, da es keinen Vertrag mit der Theater und Orchester GmbH in der Form gibt.

Bei aller Prioritätenliste sei in der Haushaltsdiskussion der Eigenbetrieb vergessen worden. Dieser verursache für die Leistungen, die für die Stadt erbracht werden, entsprechende Kosten, die im Verwaltungshaushalt erwirtschaftet oder bezahlt werden müssen. Mit den für 2010 insgesamt geplanten Umsatzerlösen von 17 Mio. EUR ist insgesamt ein Anstieg um 6.620.000 EUR zu verzeichnen. Im Erfolgsplan stehe, dass die 4 Mio. EUR aus dem D-4-Vermögen aufgelöst und damit auch das entsprechende Jahresergebnis verbessert werden soll. Frage: Ist das so gestattet? Ist es mittlerweile erledigt?

Ratsherr Dr. Lübbert rate dringend an, auch den Eigenbetrieb in den Auswirkungen für den Haushalt stärker zu berücksichtigen und auch hier Prioritäten zu setzen.

Ratsherr **Nötzel** (fraktionslos) bedankt sich bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die Konstruktivität des Lesens des Haushaltes im Finanzausschuss. Es wurde voll umfänglich in allen Bereichen zu allen Fragestellungen Auskunft gegeben und für die Bewertung von sehr komplizierten Sachverhalten wurden anschauliche Zahlenreihen, Übersichten usw. geliefert.

Für den Finanzausschuss sei es nicht prioritär gewesen, darüber nachzudenken, wo noch Ausgaben gesenkt werden können. Sondern die Frage war, eine einnahmebezogene Diskussion zu führen. Deshalb sei sehr intensiv

- die Beschäftigung mit der Problematik der Steuereinnahmen der Stadt erfolgt
- untersucht worden, welche Wechselwirkungen höhere Hebesätze zu Schlüsselzuweisungen und dgl. Auswirkungen auf das FAG-Konglomerat haben.

Der Finanzausschuss habe wenig vernünftige Argumente finden können für die Steuern in den Bereichen Gewerbe und Grundsteuer B, in einer Situation, wo der Haushalt aus dem Ruder läuft, was Verschuldung und Kassenkredite anbelangt, eine Empfehlung zu geben, dieses zu prüfen. Insofern freue er sich, dass die beiden großen Fraktionen die Kraft gefunden haben, Veränderungen herbeizuführen. Enttäuscht sei er, dass bei der Gewerbesteuer so kurz „gesprungen“ wird. Ein Hebesatz von 420 wäre möglich gewesen und würde nichts weiter als den Durchschnitt der kreisfreien Städte bedeuten. Das hätte wiederum zur Folge, dass die Argumentation in Richtung Kommunalaufsicht besser wäre. Diese vorgeschlagene Erhöhung werde sicher den Gewerbetreibenden der Stadt nicht gefallen, aber es werde damit das Ziel verfehlt. Das sei für ihn mutlos. Natürlich sei eine Erhöhung der Gewerbesteuer ein Akt, der gut zu überlegen ist. Aber es sei nicht zu ver-

gleichen mit der Zeit, als die Stadt keine Kassenkredite hatte. Deshalb sei es erlaubt und ein dringendes Gebot, sich um Steuererhöhungen zu kümmern und nicht weg zu argumentieren, wie durch Ratsherrn Dr. Lübbert getan.

Betrachte man das Haushaltssicherungskonzept, dann gibt es Möglichkeiten, die Stadt mittelfristig bis 2032 auf einen Weg zu bringen, der allen wesentlich mehr Spaß machen wird. Die Kreisangehörigkeit der Stadt Neubrandenburg sei dafür der Preis und die Stadt sei klug beraten, diesen Preis zu zahlen. Dennoch entbinde nichts davon, alles zu unternehmen, dass der Aufwuchs der Kassenkredite nicht weiter ansteigt. Jede Million, die heute nicht gehoben oder zu viel ausgegeben wird, werde in der Phase bis 2032 zurückgeführt werden müssen, auch mit Blick auf den Jugendhilfebereich.

Mit Blick auf die Struktur von Gesellschaften in der Stadt bieten diese noch Möglichkeiten, die Stadt in eine positivere Situation zu bringen. Angenommen, die Stadt hätte das TIG, die Flughafengesellschaft und das Lebensmitteltechnologiezentrum im nächsten Jahr nicht mehr, dann würden 500.000 EUR Ausgaben eingespart werden. Auf diesem Hintergrund seien diese sehr wertvollen und in der Vergangenheit sinnvollen Einrichtungen zu betrachten. Einrichtungen wie Hinterste Mühle oder Neumab-WQG mit umfangreichen Zuschüsse in der Projektförderung sollten noch mal auf den Prüfstand gestellt werden, ob sie das bringen, was mit diesen Haushaltsmitteln versprochen wird. Sind die Haushaltsmittel von 1,5 Mio. EUR vertretbar? Ein Vorschlag, darüber effektiv nachzudenken. In diesen Kreis wolle er das Städtische Pflegeheim einschließen. Das Städtische Pflegeheim sei eine Gesellschaft, die die Stadt betreibt, dafür gebe sicher eine ganze Reihe von sehr guten Gründen. Diese sehr guten Gründe könnten aber auch aufrecht erhalten werden, wenn es in eine andere Trägerschaft gegeben und die Erlöse dafür in den Haushalt eingestellt werden, um z. B. den Bereich der Jugendarbeit oder neue Initiativen im Bereich der Seniorenarbeit zu unterstützen. Darüber sei nachzudenken.

Der Finanzausschuss sei sich in der Frage, was eine Beschlussfassung zum Haushalt an Rechtsfolgen für die Theater und Orchester GmbH auslöst, sehr unsicher gewesen. Der Großteil der Mitglieder des Finanzausschusses sei in großer Sorge, dass durch zu frühe Beschlussfassung für den Haushalt ein Mechanismus in Gang gesetzt wird, der sehr unschöne Folgen für die wichtige und für die Zukunft auch erhaltenswerte Kulturinstitution haben könnte. Es sei überlegt worden, ob der Haushalt nicht um einen Monat in seiner Beschlussfassung verschoben werden sollte, um Zeit zu lassen für intensivste Beratungen mit den Beteiligten, um eine abschließende Lösung für die Theater und Orchester GmbH zu finden. Das wäre auch ihm persönlich lieber, als heute zu fundamentieren und deutlich klar zu sagen, die Stadt Neubrandenburg steht nur noch mit dieser jetzt eingestellten Summe für dieses Projekt zur Verfügung. Das sei keine Kritik an der Herangehensweise, sondern eine Frage, was für Optionen sich eröffnen, wenn der Haushalt einen Monat später beschlossen wird.

Ratsherr Nötzel schlägt deshalb vor, dem Haushalt heute nicht zuzustimmen und in der nächsten Sitzung am 25.03.10 erneut zu behandeln. Dann liege vielleicht auch der Wirtschaftsplan für die Stadtentwicklungsgesellschaft vor, der in den Haushalt gehört. Es ergebe sich die Frage, wie ein Haushalt beschlossen werden kann, wenn der Wirtschaftsplan eines Unternehmens der Stadt Neubrandenburg fehlt. Es sei nicht gut zu beschließen, ohne ihn gesehen zu haben.

Ratsherr **Fuhrmann** bezieht sich auf die Frage von Ratsherrn Dr. Lübbert und informiert, dass mit dem Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses die vorläufige Haushaltsführung berücksichtigt wurde. Es seien keine neuen Leistungen oder völlig andere Leistungen enthalten, sondern es werden die Leistungen 2009 in der Jugendhilfe fortgeführt.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) erinnert daran, dass heute der landesweite Tag der Altenpflege und der Pflege begangen wird. In dieser Stadt präsentieren sich das Klinikum und das Städtische Altenheim für junge Menschen, um Nachwuchs im Pflegeberuf zu fördern. Deshalb finde er es nicht gut, wenn in Diskussionen von „Deinvestierung“ gesagt

wird, dass auch das Altenheim zur Disposition steht. Es müsse nicht alles aufgenommen werden, fachlich unklug, was ein Innenminister als Prüfauftrag übergibt. Im Wettbewerb gehe es weniger um die Kunden, sondern eher um die Mitarbeiter/innen, wo das Städtische Pflegeheim einen Vorteil hat, weil noch auskömmliche Löhne und Gehälter gezahlt werden. In 5 Jahren werde sich nicht mehr darüber unterhalten, ob in den städtischen Einrichtungen die Tarife abgesenkt werden, sondern es werde überlegt werden müssen, in solchen kritischen Bereichen die Tarife zu halten. Ratsherr Dr. Oppermann unterstütze jede Forderung zur Einführung eines Mindestlohns in der Pflege, weil dadurch andere Voraussetzungen im Wettbewerb geschaffen werden. Die öffentlichen Diskussionen des Zustandes des Pflegeheims im Sinne von „soll ich privatisieren“ sei schädlich für die Position der Stadt Neubrandenburg in ihrer Verpflichtung Daseinsfürsorge zu betreiben. Es dürften nicht die falschen Signale gesetzt werden. Es stehe für ihn nicht zur Entscheidung, das Altenheim zu privatisieren oder zu verlagern. Er fordere, dass die Mitarbeiter/innen demnächst Klarheit erhalten.

Zum Haushalt selbst finde er es gut, dass nun neben den Ausgaben über die Einnahmen gesprochen wird. Der Grund, dass nicht in der Gewerbesteuer nicht auf 420 gegangen wurde, liege für ihn nicht am fehlenden Mut, sondern daran, dass es auch eine Schwelle gibt, wo andere wieder aussteigen. Die Erhöhung sei eine Notwendigkeit, über dieses Verfahren, solidarisch etwas für den Haushalt zu tun. Mit Blick auf den Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses sei in seiner Fraktion diskutiert worden, dass es dabei nicht um Jugendclubs im Sinne von Freizeitangeboten geht, sondern um Kinder- und Jugendpräventionsarbeit, zum Teil mit therapeutischem Ansatz dahinter. Die Fraktion sehe das unter der verschärften Situation der Kinder- und Jugendsituation, es gibt eine sozial schwierige Prognose mancher Kinder und Jugendlichen und diese solle mit den Maßnahmen begleitet werden.

Bezogen auf die Bewertung von Ratsherrn Dr. Lübbert äußert Ratsherr **Schneider** (CDU), dass es unredlich sei, eine Situation in die Bewertung zu nehmen, die eine ganz andere war. In der angesprochenen Zeit gab es ausgeglichene Haushalte, wo es nicht geboten war, die Gemeindesteuern in dieser Weise anzuheben. Heute sei es eine andere Situation, unverschuldet. Es seien zwischenzeitlich erheblich die Ausgaben gesenkt worden. Die Stadt sei unverschuldet in diese Situation geraten, da die Bundes- und Landesgesetzgebung die Stadt im Sozial- und Jugendhilfebereich viel stärker in Anspruch nimmt, als erwartet werden durfte. Die Schwierigkeit der Fälle sei stark angestiegen und das sei durch die kommunale Politik der Stadt kaum beeinflussbar. Es könne eigentlich nur reagiert und festgestellt werden, dass die Stadt in diesem Bereich die hohen Defizite einführt. Und nur aus diesem Grunde müssen die Bürgerinnen und Bürger über die Gemeindesteuer solidarisch in Anspruch genommen werden. Systemisch halte Ratsherr Schneider das für falsch, da es eine Ausgabe ist, die die Stadt nicht verschuldet hat. Aber es sei eine Entscheidung, um auch die Aufgaben des Jugendhilfe- und Sozialbereiches in irgendeiner Weise sicherzustellen und die Verschuldung der Stadt nicht ins Unermessliche zu treiben.

Im Jahre 2000 sei schon klar gewesen, was die mittelfristige Finanzplanung für die Stadt Neubrandenburg bedeutet, bemerkt Ratsherr **Dr. Lübbert**. Darauf sei reagiert und gesagt worden, dass etwas getan werden muss, weil die Stadt damals auch schon in den Hebesätzen deutlich unter denen der anderen kreisfreien Städte gelegen hat. Schon damals sei das, was Ratsherr Nötzel angeführt hat, als Argument gebracht worden, dass die Stadt anders veranlagt wird, wenn sie es nicht tut. In der mittelfristigen Finanzplanung sei klar gewesen, dass die Stadt etwas tun muss und es wurde etwas getan. Darum sei die Diskussion von Ratsherrn Schneider, dass es unredlich gewesen wäre, für ihn gegenstandslos. Und es sei damals von der CDU Fraktion gesagt worden, dass es die erste Amtshandlung sein wird, die erhöhten Steuersätze zurückzuführen, was nicht passiert sei. Also war es eine richtige und wegweisende Entscheidung.

Ratsherr **Nötzel** bezieht sich auf die Aussagen von Rats Herrn Dr. Oppermann und stellt klar, dass er genau das nicht mit seinem Redebeitrag bezweckt habe, dass die Mitarbeiter einer städtischen Einrichtung gegeneinander ausgespielt werden. Rats Herr Nötzel habe sich auch gerade durch den Redebeitrag von Rats Herrn Dr. Oppermann in der letzten Sitzung ermutigt gefühlt „ein paar Pferde wiederzubeleben, die schon einige Jahre durch die Gegend getrieben wurden“. Er finde es nicht ganz schlüssig in Rats Herrn Dr. Oppermanns Diskussion, dass auf der einen Seite eine Einnahmenverbesserung eingefordert wird und auf der anderen Seite Dinge gleich tabuisiert werden, obwohl Rats Herr Nötzel nur mit seinem Redebeitrag sagen wollte, dass in Ruhe über Vor- und Nachteile gesprochen werden sollte. Er bittet darum, sich in der Wortwahl so zu mäßigen, dass nicht alle „Hühner“ aufgeschreckt werden, denn dann werden die gesetzten Ziele nicht erreicht.

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, nimmt zur Debatte wie folgt Stellung.

Zur Gesamtsituation der Stadt im Verhältnis zu den anderen kreisfreien Städten sei zu sagen, dass es sehr unterschiedliche Situationen in den Städten, gibt, was vor allem auch mit der Zentralität zu tun hat. Die Zentralität habe vor allem Auswirkungen auf die sozialen Strukturen in der Stadt und auch auf die Jugendhilfestruktur, die Zu Recht zum Teil auch schon angesprochen wurden. Das seien genau die Bereiche, die die Stadt Neubrandenburg am erheblichsten belasten. Bemerkenswert seien die Leistungen der gesamten Verwaltung und auch der Vertretung, was die vergleichbaren Zahlen zu den anderen Städten anbelangt. Wobei noch nicht einkalkuliert ist, dass Neubrandenburg als einzige Stadt die Doppik habe und dass es allein durch die Doppik einen sehr viel transparenteren Haushalt und an vielen Stellen auch einen ehrlicheren Haushalt gibt. Eigentlich müssten doppische Haushalte miteinander verglichen werden. Wenn das, was vergleichbar ist, angeschaut wird, dann liege Neubrandenburg immerhin bei 22 Mio. EUR, was viel zu viel ist. Das sei aber im Grunde eine große Leistung vor dem Hintergrund, dass Neubrandenburg in diesem Jahr eine reine Mehrbelastung allein im Jugend- und Sozialhilfebereich von 10 Mio. EUR hat (5 Mio. EUR weniger Zuweisung und 5 Mio. EUR Mehrausgaben bedingt durch gesetzliche Pflichtleistungen, die in der Stadt angewachsen sind). Stralsund habe ein ursprüngliches Defizit von 15,7 Mio. EUR, welche komplett durch Verkaufserlöse ausgeglichen wurde. Solange es keine Eröffnungsbilanz auf Basis eines doppischen Haushaltes gibt, könne im Grunde nicht viel über einen Haushalt gesagt werden. Unterschiedlichste Haushalte gegenüberzustellen und Schlüsse zu ziehen, sei sehr fragwürdig.

Die Stadt Neubrandenburg habe nicht in erster Linie ein Ausgabeproblem. Sie sei verpflichtet, Ausgaben zu tätigen. Allein im Jugendhilfe- und Sozialhilfebereich im Umfang von 72 Mio. EUR, auf die es sie so gut wie keinen Einfluss gibt, das betreffe mittlerweile fast 50 % des Haushaltes. Die direkten Zuwendungen in Höhe von ca. 30 Mio. EUR seien dafür viel zu wenig. Daraus resultiere ein Ausgabeproblem, aber nicht durch die Stadt selbst verschuldet. Die Bereiche, wo die Stadt selbst noch was machen kann, seien sehr überschaubar. Wenn an einzelnen Stellen trotzdem noch gekürzt wird, dann deshalb, weil davon ausgegangen wird, dass dort überproportional viel im Verhältnis zu anderen Städten ausgegeben wird.

Neubrandenburg habe ein enormes Einnahmeproblem, was damit zusammenhängt, dass es keine Konnexität im Lande gibt. Das, was in vielen Gesprächen sowohl im Städte- und Gemeindetag als auch im Innenministerium dargestellt und klargestellt wurde, werde in Schwerin völlig ignoriert. Die Oberzentren, die wirklich die Lasten zu tragen haben, bekommen noch weniger als bisher, und je zentraler sie sind, noch mal weniger, weil aufgrund der Mechanismen im Finanzausgleich die Grundzentren stark bevorteilt werden. Darum sei es nicht nur berechtigt, sondern eine Verpflichtung für die Stadt Neubrandenburg zu klagen. Mit der Klage werde der Haushalt nicht ausgeglichen, sondern die Klage werde nur gemacht, um das, was man deutlich verschlechtert hat gegen jede Erkenntnis der Entwicklung im Lande, an den Pranger zu stellen und nicht durchgehen zu lassen. Das Prinzip, dass Entwicklung des Landes von den Zentren ausgeht, sei mit den

Füßen getreten worden. Damit werde eine Klage provoziert und sei eine unverhohlene Kritik an der miserablen Arbeit der Landesregierung, was den Finanzausgleich angeht. Ob die Stadt am Ende gewinnt, sei unklar, aber Herr Dr. Krüger könne es nicht einfach so durchgehen lassen, ohne den Finger in die Wunde zu legen.

Der Haushalt werde nur ausgeglichen werden können, wenn es entweder ausreichende Zuweisungen für die der Stadt übertragenen Aufgaben gibt oder im Rahmen einer Reform, die er im Übrigen auch für unsinnig halte, die Aufgaben an den Kreis abgegeben werden. Damit werde nichts eingespart, aber übertragen an andere.

Zuschüsse für Betriebsfeiern werden nicht gegeben, stellt Herr Dr. Krüger klar, auf die Frage von Ratsherrn Jaschinski. Bezogen auf die Theater und Orchester GmbH sei zu sagen, dass gemeinsame Partner auch heißt, dass sich jeder Partner angemessen beteiligt.

Ein Problem habe er mit dem von Ratsherrn Bitto geforderten „Nachtrag“ von 3 %. Es seien im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung in den vergangenen Jahren deutlich mehr als 3 % Ausgaben reduziert worden. Herr Dr. Krüger habe relativ wenig konkrete Vorschläge gehört, was noch eingespart werden kann. Er möchte präziser wissen, was es ist und wo eingespart werden soll, das sei dann gemeinsam zu erarbeiten.

Im letzten Jahr sei vorgeschlagen worden, die Grundsteuer B zu erhöhen, was mehrheitlich abgelehnt worden ist. Herr Dr. Krüger sei nach wie vor bereit, das sehr schnell und sehr zügig zu machen. Ob es 480 sein müssen, habe er große Bedenken (Der Durchschnitt Grundsteuer B in Deutschland sei 400 und in Mecklenburg-Vorpommern 354). Mit diesen Steuererhöhungen werden die Defizite im Haushalt und die Kassenkredite noch nicht mal um 10 % reduziert. Die Verwaltung hält 450 für angemessen. Wenn die Stadtvertretung jedoch 480 beschließt, dann werde das respektiert.

Zur Gewerbesteuer: Die Stadt Neubrandenburg habe zurzeit von den kreisfreien Städten die niedrigsten Gewerbesteuerhebesätze. Das sei ein Vorteil, der immer wieder in Gesprächen mit Investoren geltend gemacht werden kann. Die 20 % bringen die Stadt ins Mittelfeld, werden aber nicht sehr viele Mehreinnahmen bedeuten. Viele Umlandgemeinden liegen immer in dem Bereich 200 bis 250 %. Herr Dr. Krüger warne noch immer davor, Gewerbesteuern zu erhöhen, jedoch müsse die Stadtvertretung das entscheiden. Er bitte aber darum, das noch mal intensiv zu diskutieren.

Zur Jugendhilfe: Leistungen der Kinder- und Jugendförderung seien pflichtige Leistungen mit Ermessensspielraum. Das Innenministerium habe die Stadt im Haushaltserlass 2010 aufgefordert, dass besonders im pflichtigen Bereich selbstgesetzte Standards auf ihre Berechtigung zu überprüfen sind. Deshalb seien noch mal alle Bereiche daraufhin geprüft und der vorliegende Haushaltsansatz, bezogen und auf Vergleichswerte, geändert worden. Vergleichswerte von anderen Städten (bezogen auf Jugendliche) liegen aus 2008 vor und wurden für 2010 fortgeschrieben. Insofern sei es zwar eine Kürzung zu 2009 in diesem Bereich, aber es sei keine Kürzung an sich. Es sei der gleiche Bezugswert wie 2008 pro Jugendliche (mehr Geld für weniger Jugendliche funktioniere nicht) genommen worden. Eine bedarfsgerechte Planung müsse alle Handlungsfelder mit allen Angeboten für Kinder und Jugendliche berücksichtigen, die letztlich eine präventive Wirkung haben. Es sei ärgerlich, dass in dieser Diskussion der Eindruck erweckt wird, die Stadt würde zu wenig für Jugendhilfe tun. Auch nach SGB VIII § 11 leiste die Stadt enorm viel und weit mehr für Jugendhilfe, als alle anderen Städte. Dazu zähle insbesondere der gesamte Sportbereich, wo exorbitant viele Mittel für Jugendhilfe ausgegeben werden. Die Stadt habe mehr als 50 % Kinder und Jugendliche im organisierten Sport. Außerdem werde sehr viel Geld im Bereich Jugendhilfe in Kultur und in Berufsfrühorientierung investiert. Nicht zuletzt sei Neubrandenburg auch deshalb als „Familienfreundliche Kommune“ ausgezeichnet worden. Nun in der öffentlichen Diskussion den Eindruck zu erwecken, dass Neubrandenburg nichts für Jugendliche tun würde, sei fatal, was Herr Dr. Krüger scharf kritisieren und zurückweisen müsse.

Die genannten Prozentzahlen seien nach Herrn Dr. Krügers Meinung nicht rechtlich belastbar und auch nicht vernünftig. Aus höheren Ausgaben, etwa im Bereich Hilfen zur

Erziehung oder Kitaförderung, könne nicht der Anspruch abgeleitet werden, dass dann auch automatisch mehr Geld für Teile der Jugendförderung und Jugendhilfe ausgegeben werden muss. Das könne so nicht funktionieren. Die exzellente Jugendförderung in der Stadt werde auch weiter betreiben, aber es müsse in bestimmten Bereichen darauf geachtet werden, dass nicht überproportional viel Geld ausgegeben wird, da die Stadt auch das vor der Kommunalaufsicht bei der Haushaltsverteidigung zu verantworten hat.

Herr Dr. Krüger empfiehlt, dem Änderungsantrag zu widersprechen und klar und eindeutig zu sagen, dass auf dem von der Verwaltung vorgegebenen Zahlenlevel verfahren wird. Im Übrigen lege der Jugendhilfeausschuss selbst fest, wo und an welcher Stelle dann die Kürzungen vorzunehmen sind. Es müsse versucht werden, mit dem Geld, was in etwa dem Durchschnitt des Landes entspricht, das, was bisher geleistet wurde, auch weiterhin zu leisten bei einer reduzierten Zahl von Jugendlichen.

Zu dem von Ratsherrn Stieber angesprochene Ranking: Es gebe unendlich viele Rankings und in vielen stehe die Stadt Neubrandenburg sehr gut da. Es wäre interessant zu wissen, worauf sich das Ranking bezieht, auf welcher Grundlage es ermittelt wurde. Wenn einzelne Rankings die Stadt mal nicht so gut dastehen lassen, dann sollte das nicht zu sehr in den Vordergrund gestellt werden.

Die von Ratsherrn Dr. Lübbert aufgeworfene Frage, ob Neubrandenburg die Zahlung an die Theater und Orchester GmbH in der vorläufigen Haushaltsführung leisten darf, sei durch Anfrage bei der Kommunalaufsicht sichergestellt und durch die Kommunalaufsicht bestätigt werden. Richtig sei, dass es zurzeit keine vertragliche Grundlage dafür gibt.

Herr Dr. Krüger sei skeptisch, ob es klug ist, einzelne Einrichtungen auf den Prüfstand und städtischen Unternehmen in Frage zu stellen. Wie genannt, hängen an vielen Unternehmen langfristige Förderbedingungen, die nicht einfach ignoriert werden können. Alle drei genannten Unternehmen (TIG, ZLT, Flughafen) seien für die Wirtschaftsförderung nicht ganz unwichtig und haben auch ihre positiven Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt erzeugt. Die drei Einrichtungen seien im Vergleich im Zuschussbedarf noch relativ überschaubar für das, was sie leisten. Im SJZ gebe es zum Teil erhebliche Zuschussbedarfe, zum Teil auch Jugendförderung. Zum Pflegeheim gibt es einen Prüfauftrag, ob mit einer Veräußerung zusätzliche Einnahmen generiert werden können. Das Pflegeheim habe bis dato keine zusätzlichen Zuschüsse erfordert. Es gibt nur noch sieben Kommunen im Land, die überhaupt noch kommunale Pflegeheime betreiben, darunter keine kreisfreie Stadt außer Neubrandenburg. Das Problem sei, dass es aufgrund der tariflichen Situation immer mehr Schwierigkeiten gibt, im Wettbewerb mitzuhalten. Wie lange das ohne zusätzliche Zuschüsse realisiert werden kann, müsse beobachtet werden.

Zur Insolvenzgefahr der Theater und Orchester GmbH: Es werde intensiv daran gearbeitet, eine Einigung zu erzielen. Eine Aufstellung beginnend vom April 2009 zeige, wie viele Sitzungen auf unterschiedlichsten Ebenen stattgefunden haben und wer daran teilgenommen hat und wer nicht. Wer sich diese Aufstellung ansieht, könne der Stadt Neubrandenburg nicht vorwerfen, dass sie sich nicht bemüht hat, tatsächlich zu einer Lösung zu kommen. Die Bereitschaft von einzelnen Partnern, mehr zahlen zu wollen, halte sich jedoch sehr in Grenzen. Die Insolvenzgefahr würde dann entstehen, wenn es zu keiner Einigung kommt. Im Moment lasse sie sich überhaupt nur abwenden mit der Maßgabe, dass man sich in einem Prozess der Klärung befindet.

Ratsherr **Fuhrmann** widerspricht dem Oberbürgermeister, denn er habe mit keiner Bemerkung gesagt, dass die Stadt Neubrandenburg eine fruchtbare Jugendhilfeförderung organisiert. Es gehe um den Anteil der Jugendarbeit an der Förderung der Jugendarbeit im Jugendhilfeeat insgesamt. Dazu gebe es eine Aussage von der Bundesregierung, die sich auf 15 % bezieht. Und die Stadt Neubrandenburg habe keine 15 % und auch keine 9 %, die im Jugendhilfeausschuss mal beschlossen wurden, sondern weniger. Das Argument sei ihm völlig unverständlich, dass, wenn weniger Geld wegen weniger Jugendli-

chen gezahlt wird, die Stadt dann aber bei den Hilfen zur Erziehung von 4 Mio. EUR auf 6 Mio. EUR steigert. Bei den Kitas gibt es eine Steigerung von 400.000 EUR trotz weniger Kinder. Das Argument sei deshalb völlig daneben, denn es gibt die gleichen Probleme in den Einrichtungen, die die Angebote liefern. Die Anzahl derjenigen, die solche Angebote benötigen, steigt proportional mit den anderen Problemen. Das Problem, dass die Stadt hauptsächlich Geld ausgegeben muss für Sachen, die die Stadt nicht gesetzlich verursacht hat, könne aber nicht der Jugendhilfeausschuss lösen. Die Angemessenheit der Förderung, auch in der Jugendarbeit, habe die Stadtvertretung beschlossen. Da könne der Innenminister noch so oft sagen, dass weniger für Jugendarbeit ausgegeben werden soll. Wenn die andern Kommunen keine Jugendhilfeplanung in der Qualität haben, dann tun sie „sehr viel“ für ihre Zukunft, meint Ratsherr Fuhrmann. Die Stadt Neubrandenburg sollte dem nicht folgen. Der Änderungsantrag halte sich an die gesetzlichen Vorgaben und unterstütze den Oberbürgermeister. Die Ablehnung des Änderungsantrages würde heißen, dass auf alte Zahlen zurückgegangen wird. Das würde auch völlig dem Haushaltssicherungskonzept widersprechen. Er appelliere an die Stadtvertreter, dafür zu sorgen, dass die Jugendarbeit mit den ausreichenden Mitteln ausgestattet wird und dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) bezieht sich auf die Aussage des Oberbürgermeisters, dass es Jugendarbeit im Sport- und Kulturbereich gibt. Dem stimme sie zu, aber man könne nicht „Äpfel mit Birnen“ vergleichen. Im Jugendbereich werde nach dem SGB VIII gearbeitet, die Sportvereine haben in ihren Satzungen keine derartigen Formulierungen aus dem Gesetz des SGB VIII, weil sie verpflichtet sind, ihren Sport im Vordergrund zu sehen und der Kulturbereich die Kultur. Im SGB VIII § 79 heißt es: „Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen gewährleisten, dass die zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch erforderlichen und geeigneten Einrichtungen Dienste und Veranstaltungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stellen.“ Wenn heute kein Beschluss dazu gefasst werden sollte, dann sei der Jugendclub „Konnex“ zu, weil ihnen nichts anderes übrig bleibt.

Herr **Dr. Krüger** antwortet, dass sich seine Äußerung darauf bezog, dass, wenn mit Begriffen operiert wird, wenn sich jemand nicht präzise auskennt, das suggeriere und falsch aufgefasst werden und der Eindruck entstehen könnte, dass die Stadt schlechte Angebote macht.

Das eine Problem sei, dass auf Grund aktueller Entwicklungen wesentlich sensibler reagiert werde. Das führe auch im Bereich Hilfen zur Erziehung zu größeren Aufwendungen. Diese seien um 50 % gestiegen, obwohl weniger Kinder und Jugendliche in der Stadt leben, aufgrund der höheren a) Sensibilität gegenüber diesen Problemen in der Öffentlichkeit und b) besonderen sozialen Strukturen in der Stadt. Wenn die Stadt zum Teil zum sozialen Auffangbecken wird und darauf die Reaktion der Landesregierung ist, dass der Stadt wesentlich weniger Geld dafür gegeben wird, dann halte Herr Dr. Krüger das für unzumutbar. Das sei ein Grund, warum er der Meinung ist, dass Zentren, die eine größere Zentralität haben, auch umso mehr Probleme haben.

Das zweite Problem sei im Moment die Unklarheit, was unter Jugendarbeit verstanden wird. Das habe er rechtlich klären lassen: Jugendarbeit ist im SGB VIII § 11 klar definiert und dazu zählen auch die von ihm geäußerten Angebote. Er habe sich ganz eindeutig dazu erklärt, dass im Sinne des komplexeren Begriffs Jugendarbeit keinerlei Kürzungen vollzogen werden und dass im engeren Sinne auf die Zahlen zurückgegangen wird, die pro Jugendlichen im Jahr 2008 angesetzt wurden. Das sehe er nicht als eine Kürzung. Angesichts der Haushaltssituation könne sich die Stadt den Ansatz, den der Jugendhilfeausschuss durchbringen möchte, nicht leisten.

Darum bitte Herr Dr. Krüger die Stadtvertreter, dem Änderungsantrag nicht zuzustimmen.

Abstimmung über den Änderungsantrag 1: mit 19 Dafürstimmen, 2 Gegenstimmen und 13 Stimmenthaltungen bestätigt
(JHA)

Abstimmung über den Änderungsantrag 2: mehrheitlich bestätigt.
(CDU/DIE LINKE)

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 27 Dafürstimmen, 3 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen bestätigt.

Beschlusnummer: 78/06/10

TOP 8 V/132 Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg 2010 - 2015
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Betriebsausschuss: einstimmig dafür

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 79/06/10

TOP 9 V/131 Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2010 bis 2015
2 Änderungsblätter
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:
Umweltausschuss: 5 Dafürstimmen, 1 Gegenstimme, 2 Stimmenthaltungen
Sozialausschuss: 4 Dafürstimmen und 5 Stimmenthaltungen
Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen
Jugendhilfeausschuss: mehrheitlich zugestimmt
Finanzausschuss: 4 Dafürstimmen, 1 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen
Kulturausschuss: 7 Dafürstimmen und 2 Stimmenthaltungen
Schul- und Sportausschuss: einstimmig dafür

Von der Fraktion DIE LINKE liegt folgender **Änderungsantrag** (1) vor:

1. Maßnahme 2010/A/2 „Optimierung des Städtischen Kulturbetriebes“(Seite 27)

In der Erläuterung werden folgende Sätze ersatzlos gestrichen
Ziel ist der Abbau von Insgesamt ca. 10 Stellen. Im Ergebnis der Erarbeitung des Konzeptes erfolgt eine Untersetzung dieser Zielvorgabe. Damit wird die mit der Maßnahme 2010/8/4 geforderte Wandlung der kw-P-Vermerke in kw-Vermerke unterstützt. Darüber hinaus gehende Einsparungen sind im Ergebnis des Konzeptes zu ermitteln.

und durch den folgenden Satz ergänzt:

Ziel ist die Überprüfung der vorhandenen Personalstellen, sowie darüber hinausgehende mögliche Einsparungen, ausgerichtet am Ergebnis des Konzeptes zur Optimierung der Strukturen.

Die Erläuterung heißt neu:

Ab 2010 werden die städtischen Kultureinrichtungen (Städtische Museen, Volkshochschule, Regionalbibliothek, Verwaltungsbibliothek, Stadtarchiv und Zwischenarchiv) in einem „Städtischen Kulturbetrieb“ gebündelt und im Haushalt in einem eigenen Teilhaushalt abgebildet. Durch die Bündelung von Querschnittsaufgaben und Ressourcen sollen Synergieeffekte ermöglicht werden. Für die Erarbeitung eines Konzeptes zur weiteren Optimierung dieser Struktureinheit auch im engeren Zusammenwirken mit der VZN GmbH und dem Stadtmarketing ist eine Arbeitsgruppe gebildet worden. Ziel ist die Überprüfung der vorhandenen Personalstellen, sowie darüber hinausgehende mögliche Einsparungen, ausgerichtet am Ergebnis des Konzeptes zur Optimierung der Strukturen.

2. Maßnahme 2010/8/4 „Reduzierung der Personalaufwendungen im Städtischen Kulturbetrieb“ (Seite 43)

Der 2. Satz „**Freiwerdende Stellen sind grundsätzlich nicht wieder zu besetzen und fallen weg.**“ wird ersatzlos gestrichen:

Ratsfrau **Malchow** (DIE LINKE) begründet den Änderungsantrag. Ziel und Aufgabe in den Erläuterungen „Optimierung des Städtischen Kulturbetriebes“ seien nach Ansicht der Fraktion umgedreht, denn Ziel müsse die Erarbeitung eines Konzeptes zur Optimierung der Strukturen sein, in dessen Ergebnis die Einsparung von Personalstellen herauskommen kann, nicht umgekehrt. Es müssen erst die Aufgaben, ihre Verknüpfung und die Optimierung bekannt sein, bevor festgelegt wird, welche Stellen entfallen. Die fachliche Arbeit sei entscheidend. Darum soll neu formuliert werden: „Ziel ist die Überprüfung der vorhandenen Personalstellen, sowie darüber hinausgehende mögliche Einsparungen, ausgerichtet am Ergebnis des Konzeptes zur Optimierung der Strukturen.“

In der Maßnahme „Reduzierung der Personalaufwendungen im Städtischen Kulturbetrieb“ soll der Satz „freiwerdende Stellen sind grundsätzlich nicht wiederzubesetzen und fallen weg“ gestrichen werden. Die Fraktion DIE LINKE sehe sehr wohl die Notwendigkeit, die genannten Positionen anzugehen und zu sehen, ob und welche Synergieeffekte sich mit der neuen Struktur des Kulturbetriebes ergeben. Jedoch sei sie im Gegensatz zur Verwaltung und zum Oberbürgermeister der Meinung, dass personelle Einsparmöglichkeiten ausgelotet werden müssen, anhand einer inhaltlich determinierten Neuausrichtung der Einrichtungen. Es sei die Frage zu klären, welche Leistungen will und kann sich die Stadt leisten mit der Folge, dann die Frage zur personellen Untersetzung des inhaltlich definierten Weges zu beantworten. Es könne nicht sein, dass Stellen kurzerhand gestrichen werden, da einige der Stelleninhaber im kulturellen Bereich in Rente gehen oder aus anderen Gründen nicht mehr zur Verfügung stehen. Es müsse erst geklärt werden, welche Leistungen von der Stadt gewollt sind und wie diese Leistungen gesichert werden können. Sollte dabei herauskommen, dass auf Stellen verzichtet werden kann, dann solle es so geschehen. Ein Automatismus lehne die Fraktion entschieden ab. Der Landesrechnungshof habe sicher auf solche Fragen einen anderen Blick, das liege in der Natur seines Auftrages. Empfehlungen sollten in Ruhe betrachtet werden, das Heft des Handels liege aber immer noch bei den Stadtvertretern, die im Gegensatz zum Rechnungshof neben fiskalischen Argumenten die Fragen der weichen Standortfaktoren, des Gemeinwesens und der Vielfalt qualitativ hochwertiger Angebote klug prüfen müssen. Ratsfrau Malchow bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) bittet den Oberbürgermeister, ihm gelegentlich zu erklären, mit wem sich die Stadt vergleicht. Einmal mit dem Durchschnitt des Bundes, einmal mit den Letzten des Landes, einmal mit den kreisfreien Städten und wenn es passt, dann

auch mit der Gemeinde „nebenan“. Vergleiche mit kreisfreien Städten seien sicher schwer, weil sie keinen doppelten Haushalt haben. Dort könne in der Jugendarbeit auch schon eine Kostensteigerung sein, da dort die AfA-Kosten bei den Immobilien oder bei der Miete mit eingehen, jedoch sollte bei Vergleichszahlen geblieben werden, die überall gleich sind.

Des Weiteren informiert er, dass sich aus der Beschlussfassung zum doppelten Haushalt 2010 ein weiterer **Änderungsantrag** (2) der Fraktion DIE LINKE aus der Maßnahme 2010/1/1 „Erhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B“ (Seite 34) ergibt.

Die Maßnahme wird erweitert und lautet:

Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer.

Die Erläuterung ist durch die Verwaltung zu vervollständigen und die Erhöhung der Einnahmen sichtbar zu machen.

Es sollten beide Gemeindesteuern weiter im Blickfeld des HSK sein, damit auch die weichen Faktoren bedient werden können. Die Verwaltung sollte es so in das HSK einarbeiten, wie es für die Grundsteuer gemacht wurde.

Ratsherr **Dr. Lübbert** (SPD) habe sich mit Ratsfrau Muth bereits im Finanzausschuss auseinandergesetzt. Die Zeiten, erst das zu formulieren, was gewollt ist und dann zu sehen, wo das Geld herkommt, seien vorbei. Erst müsse geprüft werden, wie viel Geld vorhanden ist und wie viele Leistungen maximal dafür generiert werden können. Dabei müsse man dann auch diskutieren können, ob dieses Geld sinnvoll angelegt ist oder ob auch andere Modelle vorstellbar sind, sodass es sogar noch mehr Kultur für weniger Geld gibt. Die Verwaltung müsse Vorgaben machen, dass in einem bestimmten Bereich künftig Stellen wegfallen sollen oder geplant ist, einen gewissen Umfang der Stellen zu beschreiben und zu formulieren. Ratsherr Dr. Lübbert halte eher etwas davon, etwas konkret zu formulieren, zu überprüfen und dann zu entscheiden, dass es nicht geht, als von vornherein wieder eine weiche Formulierung einzuspielen, die so nicht umsetzbar ist. Das Haushaltssicherungskonzept finde er insofern gut, weil es Dinge aufarbeite, die in der Vergangenheit beschlossen wurden, mit einer Bestandsaufnahme, Abrechnung und zukünftigen Maßnahmen.

Die Maßnahme 2008/A/2 „Aufgabenübertragung im Zuge der Verwaltungsstrukturreform des Landes“ habe er so interpretiert, dass damit der Oberbürgermeister die Kreisfreiheit aufgibt, er sei aber eines Besseren belehrt worden. Es sei so zu lesen: Die Kreisfreiheit der Stadt Neubrandenburg könnte aufrecht erhalten werden, wenn diese chronische Unterfinanzierung von 20,5 Mio. EUR aufgehoben würde.

Viel schwerer wiege für ihn etwas anderes. Das Haushaltssicherungskonzept des Vorjahres sei durch das Innenministerium kassiert worden mit der Maßgabe, ein neues bis zum 31.01. zu verabschieden. Seines Wissens war eine Beanstandung des Innenministeriums, dass nicht formuliert werden durfte im Rahmen einer mittelfristigen Haushaltskonsolidierung eine Rendite für die Verwaltungsmodernisierung. Wenn dem so sei, dann sei nicht nur die Klage, sondern auch das HSK eine Provokation und würde vermutlich sofort wieder übergeben werden.

Für Herrn **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, seien die Fakten entscheidend, nicht das, was das Innenministerium in der Beanstandung formuliert hat. Wenn die Stadt Neubrandenburg die Kreisfreiheit im Rahmen eines Verwaltungsmodernisierungsgesetzes verliert, dann werde Neubrandenburg die Einspareffekte erzielen, die die Stadt ausgewiesen hat. Das heiße jedoch nicht, dass irgendwo etwas eingespart wird, es werden sogar wahr-

scheinlich mehr Kosten verursacht, gerade in den Bereichen Jugend- und Sozialhilfe bleiben die Probleme und die Mitarbeiter, die diese bearbeiten, vor Ort. Die Stadt Neubrandenburg werde ca. 22 Mio. EUR an Ausgaben reduzieren können.

Wenn Herr Dr. Krüger sich trotzdem gegen die Aufgabe der Kreisfreiheit wendet, dann nur aus langfristigen Erwägungen, weil dieses Verwaltungsstrukturreformgesetz dazu führen wird, dass nicht nur Neubrandenburg, sondern die ganze Region in seiner Entwicklung langfristig gegenüber anderen Bereichen, aber auch insbesondere an sich, behindert und die Entwicklung negativ laufen wird. Darum wende er sich im Grundsatz gegen das Verwaltungsstrukturreformgesetz. Da es nun beschlossen ist und im Landtag zum Beschluss liegt, müsse es auch ernst genommen werden. Insofern stehe im HSK, was vorgegeben ist und dazu führen wird, dass die Stadt zu diesen Ausgabereduzierungen kommt.

In der Regel vergleicht sich Neubrandenburg mit den kreisfreien Städten, wenn Ausgaben verglichen werden. Wenn aber darüber gesprochen wird, was die Folge eine Gewerbesteuererhöhung ist (die Gewerbesteuererhöhung spiele eine gewisse Rolle bei Ansiedlungsentscheidungen, Wirtschaftsentscheidungen und Standorterweiterung), dann werde sich in diesem Punkt mit denen verglichen, mit denen die Stadt im Wettbewerb steht (das Stadtumland und die gesamte Bundesrepublik).

Ratsherr **Schneider** (CDU) habe ein Problem damit, als Maßstab für die Rationalisierung der Verwaltung von Personalstellen und Personaleinsparungen auszugehen. Man müsse sich über die Aufgaben unterhalten, welche Pflichtaufgaben gibt es, welche freiwilligen Aufgaben wollen wir uns leisten und wie viel Personal wird dazu benötigt. Und dann könne darüber diskutiert werden, wie viel Personal eingespart wird. Kausal sei es falsch, so heranzugehen. In der Verwaltung sei es üblich, so heran zu gehen, um die Verwaltung in Bewegung zu bringen, damit sie die Einsparung bringt. Aber zunächst müsse klar sein, welche Aufgaben eingespart, nicht mehr gemacht, anders gemacht oder welche mit welcher Standardreduzierung durchgeführt werden sollen. Wenn feststeht, welche Aufgaben in welchem Maße und in welcher Qualität und Quantität durchgeführt werden, dann sei das der richtige Weg. Jedoch einfach in den Raum zu stellen, dass zehn Stellen eingespart werden, sei zu wenig und so auch nicht gemeint.

Ratsherr **Nötzel** (fraktionslos) bezieht sich auf eine Äußerung des Oberbürgermeisters und bittet um Klarstellung. Der Oberbürgermeister äußerte folgenden Sachverhalt: Wenn Neubrandenburg die Kreisfreiheit aufgibt, dann ändert sich nichts an der Höhe der Zuwendungen, die für den übertragenen Wirkungsbereich von Sozial- und Jugendhilfe bezahlt werden, es bezahlen nur andere. Das sei richtig, aber bei den aufgestellten Forderungen zum FAG bezahlen es auch andere. Das Geld komme dann auch nur aus einer Umverteilung der Finanzmasse zwischen kleinen und großen Gemeinden im Land. Bei beiden Modellen, bei Kreisangehörigkeit mit einem verbesserten FAG-Modell als auch bei Kreisfreiheit, bezahlt das, was die Stadt momentan nicht aus eigener Kraft erwirtschaften kann und vom Land nicht direkt zur Verfügung gestellt wird, immer das Umland. Das sei kein Pro oder Kontra von Bezahlungen von Nichtumlandgemeinden.

Klar sei, dass die Stadt nur eine endliche Menge Geld zur Verfügung hat, um Aufgaben zu realisieren, entgegnet Herr **Dr. Krüger** auf die Frage von Ratsherrn Nötzel. Die Bundesrepublik lebe über ihre Verhältnisse und im Moment werde das auf Kosten der Kommunen ausgetragen, wobei sie in unterschiedlicher Weise dabei beansprucht werden. Neubrandenburg gehöre zu den Kommunen, die in besonderer Weise beansprucht werden auf Grund a) der besonders hohen Problematik der Stadt hat und b) aufgrund der Tatsache, dass Neubrandenburg besonders wenig Geld dafür bekommt. Wenn eine Verwaltungsstrukturreform gemacht wird, die die Kreisfreiheit für Neubrandenburg vorsieht, dann müsste darauf rekuriert werden, dass Neubrandenburg am Ende mehr aufgabenbezogene Zuweisungen bekommt.

Darum sehe Herr Dr. Krüger die ganze Reform mit großer Ambivalenz. Wenn die Reform so kommt, wie jetzt vorgesehen, werde die Entwicklung in der Region und in der Stadt nachhaltig geschädigt, aber es gelinge Neubrandenburg in absehbarer Zeit ein ausgeglichener Haushalt. Wenn Neubrandenburg kreisfrei bleibt, könne eine Menge für die Entwicklung getan werden, allerdings würden, bei der Maßgabe wie Land und Bund mit Neubrandenburg umgehen, weitere Defizite produziert werden.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) stimme Ratsherrn Schneider ausdrücklich zu, sich bei der Gestaltung im HSK mehr auf die Aufgaben zur Lösung zu konzentrieren und nicht auf Kennzahlen. Ein Verwaltungskostensatz sage nur etwas aus über Kosten in der Verwaltung und nicht über die Effizienz in der Aufgabenstellung. Die Fraktion der SPD habe ihre Fraktionsmitglieder und sachkundigen Einwohner aufgefordert im Jugendhilfeausschuss einen neuen Weg der Kinder- und Jugendarbeit zu beschreiten, zurück zu greifen auf die Sozialraumplanung 2001. Dort habe es Gutachten gegeben, wie zukünftig die Kinder- und Jugendarbeit im Sinne von Mobilität verändert werden kann, sodass weniger stationäre Einrichtungen in Stadtteilen betrieben werden, da sich die Stadtteile selber verändern, d. h. es wird eine höhere Mobilität in den Angeboten benötigt. Das sei eine Frage der Aufgabenstellung. Im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit seien keine alten Konzepte zu bedienen, sondern es müsse neu darüber nachgedacht werden, wie sich die Strukturen verändern und wie die Angebote im Sinne von mobilen Angeboten an die Jugend und Kinder herangebracht werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag 1: mehrheitlich bestätigt.

Abstimmung über den Änderungsantrag 2: mehrheitlich bestätigt.

Herr **Dr. Krüger** merkt an, dass mit dem Haushalt 2010 der Beschluss gefasst wurde, die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer auf einen bestimmten Satz anzuheben. Dieser Beschluss sei ab sofort wirksam und werde sofort im Haushalt umgesetzt. Das, was nunmehr mit den Änderungsanträgen beschlossen wird, könne Herr Dr. Krüger nicht präzise definieren und bittet Ratsherrn Kowalick, das noch mal zu erklären, bevor es endgültig beschlossen wird.

Im HSK stehe die Maßnahme „Erhöhung der Grundsteuer B“. Nach dem Beschluss müsste normalerweise diese Maßnahme gestrichen werden, da sie erfüllt ist, erläutert Ratsherr **Kowalick**. Die Maßnahme Grundsteuer B sollte aber weiter in der Prüfung gelassen werden, da bis 2015 viel passieren kann. Jedoch sollte nicht nur die Grundsteuer B im Fokus behalten werden, sondern auch die Gewerbesteuer. Darum soll es nun heißen: „Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer“. Wenn in drei bis vier Jahren entschieden wird, die Maßnahme werde nicht weiter verfolgt, dann sei das in Ordnung.

Wenn das so zu Protokoll genommen wird, habe Herr **Dr. Krüger** damit kein Problem, dann wisse die Verwaltung auch, wie es zu interpretieren ist.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 80/06/10

TOP 10 **V/95** Benennung einer Straße von der Kreuzung Brodaer Straße bis zur
Brücke Ölmühlenbach/Weitiner Straße
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Betriebsausschuss: einstimmig dafür

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **81/06/10**

TOP 11 **V/96** Orthographische Berichtigung eines Straßennamens im B-Plangebiet
Nr. 55 "Am Brodaer Holz"
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Betriebsausschuss: einstimmig dafür

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **82/06/10**

TOP 12 **V/101** Beschluss einer Abschnittsbildung in der Ihlenfelder Straße von der
Brücke über die Datze bis zum Knoten Friedländer Weg zur Erhebung
von Straßenbaubeiträgen
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Betriebsausschuss: einstimmig dafür

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **83/06/10**

Die Tagesordnungspunkte 13 und 14 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 13 **V/64** 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20
"Ihlenfelder Straße"
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) habe im Hauptausschuss nachgefragt, wer der Betreiber für eine zu planende Diskothek sein könnte. Daraufhin wurde eine Beantwortung zugesagt, dann aber die beiden Drucksachen in der darauffolgenden Sitzung der Stadtvertretung zurückgezogen mit der Begründung, dass es noch Klärungsbedarf gibt. Zwischenzeitlich sei eine Antwort nach dem Betreiber gegeben und ein Änderungsblatt übergeben worden. Jedoch stehen auf dem Änderungsblatt nur die neuen Sitzungsdaten, nicht aber die Klärung.

Mit dieser Änderung des Bebauungsplanes gehe es nur um einen kleinen Bereich des bebauungsplanes, der von einem Industriegewerbe in eine gewerbliche Nutzung, eingeschränkt zur Betreibung von Spielhallen und Vergnügungsstätten, verändert werden soll. Die Begründung sei gewesen, dass das nicht mehr als Industriefläche vermarktet werden kann. Verstanden hätte er es, wenn über eine neue Nutzung des ganzen Bebauungsplans nachgedacht worden wäre, da dort viel Leerstand ist. Hier gehe es jedoch um einen Vermieter und einen Mieter, der Interesse hat. Für diese beiden solle mit dieser ersten vereinfachten Änderung Planungssicherheit geschaffen werden, was Ratsherr Kowalick nicht einsehe. Der Mieter sei bereits länger in diesem Bebauungsplan und verstoße gegen das geltende Planungsrecht, was nun geändert werden soll, damit dieser weiter dort bleiben kann. Andere hingegen werden dafür bestraft, wenn sie gegen geltendes Recht verstoßen. Die Fraktion DIE LINKE werde diese Drucksache ablehnen.

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) möchte wissen, ob bekannt ist, dass dieser Motorradclub Verbindungen zu Motorradclubs beinhalten soll, die in der Vergangenheit des Öfteren durch Presse, Funk und Fernsehen gegangen sind, besonders im Ruhrgebiet, in Hamburg und im Schleswig-Holsteiner Raum. Diese Motorradclubs seien dabei besonders durch kriminelle Geschäfte aufgefallen.

- Gibt es darüber Erkenntnisse?
- Kann bestätigt werden, dass Teile dieses Motorradclubs, die dort die Disco betreiben wollen, der rechten Szene zugeordnet werden?

Zum Charakter des Mieters könne Herr **Walter**, Beigeordneter, keine Aussagen machen. Es könnte im nichtöffentlichen Teil der Sitzung die Frage gestellt werden, ob aus dem Kreise der anwesenden Kollegen der Verwaltung weitergehende Aussagen gemacht werden könnten.

Ratsherr **Dr. Lübbert** (SPD) sei verblüfft über die Fragen im Zusammenhang mit der Drucksache zur Änderung des Bebauungsplanes. Wenn sich jemand in der Stadt wirtschaftlich betätigen will, dann sollte die Verwaltung Dienstleister sein und möglichst schnell ein solches Baurecht herstellen und die Dinge auf den Weg bringen, damit das Vorhaben realisiert werden kann. Es müsse nicht der gesamte Bebauungsplan geändert werden, wenn es dort ein ganz originäres Interesse gibt für einen bestimmten Bereich. Das sei bisher immer so gehandhabt worden und es sollten die Dinge so beurteilt werden, wie sie in der Drucksache stehen und nicht überfrachten mit emotionalen und anderen Dingen, die mit dem Bebauungsplan nichts zu tun haben.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 20 habe die Verwaltung damals die Zielstellung verfolgt, die gewerblichen Bauflächen in der Ihlenfelder Straße für gewerbliche und industrielle Ansiedlungen zu sichern, informiert Herr **Renner**, Abteilungsleiter Wirtschaft, Stadtentwicklung und Arbeit. Dieser Intension sei die Stadtvertretung damals mit einem entsprechenden Beschluss gefolgt. Bei diesem Gebiet handle es sich um das wichtigste Industriegebiet der Stadt Neubrandenburg, welches über die einzigen restriktionsfreien gewerblichen Bauflächen der Stadt verfügt. Es gibt dort keine Restriktionen hinsichtlich Lärm oder anderweitigen Immissionen. Darum seien diese Flächen so wichtig und so teuer, um sie für gewerbliche Ansiedlungen zu sichern, was ursprünglich Planungsanliegen war. Jedoch haben sich die Wünsche, die Reaktivierung der gewerblichen Bauflächen, was die Ansiedlung betrifft, nicht so eingestellt, wie erhofft. Es handle sich hier um mehrere Partner. Die Stadt Neubrandenburg könne nur Rahmenbedingungen setzen. Auf der anderen Seite seien die Eigentümer, die über die Entwicklung ihrer Immobilien eigene Vorstellungen verfolgen.

Derzeit seien Nutzungen im sportiven Sinne, wozu der Modellsportclub gehört, und Nutzungen wie Großdiskothek, die den Vergnügungsstätten zuzuordnen sind, baurechtlich nicht zulässig. Die Nutzungen seien derzeit nur mit einer Ausnahmegenehmigung gesi-

chert. Wenn diese dort auf Dauer genehmigt werden sollen, dann müssen die entsprechenden baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Das solle nun mit dieser Änderung des Bebauungsplanes getan werden. Es soll ganz bewusst nicht der gesamte Bebauungsplan für Vergnügungsstätten und sportliche Einrichtungen geöffnet werden, da dann das Ursprungsanliegen in diesem Gebiet, das Gewerbegebiet und Industriegebiet für die Stadt Neubrandenburg zu sichern und zu halten, möglicherweise durch entsprechende Entwicklungen aufgeweicht wird und in ein paar Jahren festgestellt werden muss, dass es sich nicht mehr um ein Gewerbegebiet handelt, sondern um ein Sondergebiet, in dem Vergnügungsstätten zulässig sind. Genau diese Entwicklung wollte die Stadt nicht, deshalb ganz bewusst die Ausgrenzung dieses Teilbereiches. Die Verwaltung habe sich mehrfach bemüht, dort Nachmieter zu finden und entsprechende Kontakte zwischen Eigentümer und Interessenten herzustellen. Die Verwaltung sei froh, dass es Interessenten gibt, die diese Immobilie nachnutzen wollen. Er bitte darum, dass Ordnungsrecht und Baurecht hier auseinander gehalten und auch die Anmerkungen von Rats Herrn Dr. Lübbert beachtet werden.

Rats Herr **Kowalick** (DIE LINKE) könne sich erinnern, dass, wenn bisher über B-Pläne gesprochen wurde, auch über die zukünftigen Nutzer und die zukünftige Nutzung gesprochen wurde, und nicht nur darüber, Baurecht herzustellen. In Bezug auf den Mieter/Betreiber sei die Verwaltung zu fragen, inwieweit beim Verfassungs- oder Staatsschutz nachgefragt wurde. Er sei vor Ort gewesen und vertrete die Auffassung, dass der dort etwas betreiben will, etwas zu verbergen hat.

Herr **Renner** bittet darum, wenn konkrete Firmen, Personen und Namen genannt werden, das im nichtöffentlichen Teil zu tun.

Rats Herr **Kowalick** stellt einen **Geschäftsordnungsantrag** und bittet darum, diesen Tagesordnungspunkt zu unterbrechen und im nichtöffentlichen Teil weiterzuführen und danach erst zur Abstimmung zu stellen.

Abstimmung über den **Geschäftsordnungsantrag**: mehrheitlich bestätigt.

Für die weitere Diskussion wird die Drucksache im nichtöffentlichen Teil nochmals aufgerufen und anschließend öffentlich abgestimmt. Das wird in der Niederschrift nicht gesondert dargestellt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **93/06/10**

TOP 14 **V/65** 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20
"Ihlenfelder Straße"
hier: Satzungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 19 Dafürstimmen, 8 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen bestätigt.

Beschlusnummer: **94/06/10**

Die Tagesordnungspunkte 15 und 16 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 15 **V/78** Bebauungsplan Nr. 90.2 "Parkstraße"
 hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
 Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Umweltausschuss: 8 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung
 Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) möchte wissen, warum nicht auch am Wochenende auf der Festwiese bei der Parkstraße Veranstaltungen stattfinden. Der Fußballplatz hinter dem Jahn-sportforum mache auch Lärm.

Der Fußballplatz gehöre nicht zu dem B-Plan und stehe nicht zur Debatte im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Parkstraße, informiert Ratsherr **Dr. Schulz** (CDU). Das sei im Umweltausschuss so dargestellt worden.

Ratsfrau **Bittkau** habe es so verstanden, dass es bei der Problematik an der Parkstraße darum ging, dass die Wiese eine Festwiese werden soll, wo Veranstaltungen stattfinden. Diese Veranstaltungen sollen aber nur wochentags stattfinden und nicht an den Wochenenden. Warum können dort keine Veranstaltungen an den Wochenenden zugelassen werden?

Im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan sei ein Lärmschutzgutachten gemacht worden, informiert Herr **Renner**, Abteilungsleiter Wirtschaft, Stadtentwicklung und Arbeit. Es seien schützenswerte Einrichtungen im Umfeld dieses Festplatzes. Dadurch bedingt sei eine gewisse Nutzungseinschränkung zur Veranstaltungshäufigkeit gegeben. Ob von Montag bis Freitag eine Nutzung erfolgt oder auch mal am Wochenende, sei sekundär, da es auf die Veranstaltungshäufigkeit ankommt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **84/06/10**

TOP 16 **V/79** Bebauungsplan Nr. 90.2 "Parkstraße"
 1. u. 2. Lesung hier: Satzungsbeschluss
 Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Umweltausschuss: 7 Dafürstimmen, 1 Gegenstimme, 1 Stimmenthaltung
 Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 33 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Beschlusnummer: **85/06/10**

TOP 17 **V/114** Bebauungsplan Nr. 106 "Eulenstraße"
 hier: Aufstellungsbeschluss
 Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Umweltausschuss: 7 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung
Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **86/06/10**

Renate Klopsch
stellvertretende Stadtpräsidentin

Dr. Joachim Lübbert
stellvertretender Stadtpräsident

Marion Lippold
Protokollantin